

Thomas Flammer:
Nationalsozialismus und katholische Kirche
im Freistaat Braunschweig 1931–1945,
Paderborn [u. a.] 2013.

(= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 124)

Die vorliegende Regionalstudie zeichnet die katholische Kirchengeschichte im Freistaat Braunschweig während des Nationalsozialismus nach und richtet erstmals den Blick auf eine Diasporaregion in der sich die katholische Kirche nicht nur mit einem früh etablierten Nationalsozialismus sondern zudem mit massiven seelsorglichen Problemen infolge eines der ehrgeizigsten Industrialisierungsprojekte im Deutschen Reich und der damit einhergehenden Migration zahlreicher Katholiken auseinandersetzen musste.

Die katholische Kirche sah sich im traditionell evangelisch-lutherischen Land Braunschweig seit jeher politisch wie seelsorglich mit der Herausforderung konfrontiert, als konfessionelle Minderheit allenfalls toleriert zu werden. Erst nach dem Zusammenbruch der Monarchie kam es durch die Weimarer Reichsverfassung zur gesetzlich verankerten Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften im Land Braunschweig, was u. a. den Bau mehrerer Kirchen und eine unbeschränkte Religionsausübung ermöglichte.

Gleichzeitig war der nunmehrige Freistaat Braunschweig zur Zeit der Weimarer Republik von einer zunehmenden Politisierung geprägt, die dazu führte, dass die NSDAP schon im Jahr 1930 an der Regierungsverantwortung beteiligt war und ab 1931 den Ministerpräsidenten stellte, weshalb sie im Jahre 1933 bereits über ein dichtes Organisationsgeflecht verfügte. Für die katholische Minderheit bedeutete dies, dass die systematische Verdrängung kirchlicher Organisationen und Einrichtungen aus der Öffentlichkeit eher und teilweise intensiver als in anderen Gebieten des Deutschen Reichs einsetzte. So wurden beispielsweise die wenigen kirchlichen Vereine in einem stärkeren Maße bedrängt als in anderen Reichsteilen.

Zu einer drastischen Verschärfung der kirchlichen Lage kam es nach 1937, als im Rahmen des sogenannten »Vierjahresplans« und aufgrund des als strategisch günstig eingeschätzten Standortes die Gründung der Reichswerke AG »Hermann Göring« auf dem Territorium des Landes Braunschweig beschlossen wurde. Binnen kürzester Zeit wurde eines der größten Industrieviere Deutschlands mit dazugehörigen Siedlungsgebieten auf dem Reißbrett konzipiert und gleichsam »aus dem Boden gestampft«. Zehntausende Menschen wurden hierfür aus allen Teilen des damaligen Reiches, des befreundeten europäischen Auslandes und nach Kriegsbeginn aus den besetzten Ländern in das sogenannte »Aufbaugesbiet« dirigiert; unter

ihnen Tausende von katholischen Migranten («Wandernde Kirche») mit unterschiedlichsten religiösen Traditionen und Prägungen.

Die rapide ansteigende Zahl von Katholiken stellte die Seelsorge vor ungeahnte Herausforderungen, insbesondere weil nach dem Willen der nationalsozialistischen Machthaber im »Aufbaugesbiet« der kirchliche Einfluss soweit als möglich minimiert bzw. gänzlich ausgeschaltet werden sollte. Mit der Partei, deren Organisationen und Behörden waren damit zahllose Konflikte vorprogrammiert, da der herkömmliche Aufbau einer geordneten Seelsorge durch den Bau, den Erwerb oder die Anmietung von kirchlichen Gebäuden zumeist am Widerstand der nationalsozialistischen Machthaber scheiterte.

Vor dem Hintergrund der besonderen katholischen Diasporasituation und kirchenpolitischen Repression im Land Braunschweig entwickelten sich jedoch mit Hilfe des »Seelsorgedienstes für die Wandernde Kirche« erstaunliche alternative Seelsorgestrukturen und -formen. Genannt seien der flächendeckende Einsatz und die Arbeit der sogenannten »Seelsorgehelferinnen«, die wichtige Teile der »außerordentlichen Seelsorge«, wie Hausbesuche oder Seelsorgestunden übernahmen und für eine Vernetzung der zugezogenen Katholiken sorgten. Oder die Zusammenarbeit von Priestern unterschiedlicher Nationalität, die teils freiwillig, teils als Kriegsgefangene mitunter in den Arbeits- und Kriegsgefangenenlagern wirkten und so eine große Anzahl von katholischen Gläubigen seelsorglich erfassen konnten. Nicht zuletzt gelang es mit der Hilfe ausländischer Katholiken und Geistlicher, Gottesdienste für deutsche Katholiken zu erwirken.

Die kirchengeschichtlichen Ereignisse im Land Braunschweig eröffnen zudem den Blick für ein essentielles Problem der innerkirchlichen Organisation im Zeichen des Parochialismus. Durch die staatlich gelenkte Migration zeigte sich einerseits eine fortschreitende kirchliche Distanzierung der zugezogenen Katholiken, denen mit dem Verlassen der Heimat auch der traditionelle heimatliche Glaube »verloren ging« und die kein Interesse mehr an einer pastoralen Einbindung sowie am Aufbau kirchlicher Strukturen zeigten. Andererseits kann das religiöse Zeugnis von katholischen Migranten nachgezeichnet werden, die sich trotz der widrigen Außenbedingungen nicht mit der herrschenden Situation abfinden wollten. Sie protestierten u. a. bei kommunalen- und staatlichen Behörden, fungierten als Strohmänner beim Ankauf von Gebäuden oder stellten ihre Wohnungen für die kirchliche Unterweisung ihrer Kinder sowie für die Feier von Gottesdiensten auch auf die Gefahr hin zur Verfügung, dass dies politische Folgen für sie persönlich haben konnte und teilweise auch hatte. Allein der Blick in das Aufbaugesbiet rund um die Hermann-Göring-Werke zeigt, dass hierdurch ein nahezu flächendeckendes Netz von inoffiziellen Seelsorgepunkten entstehen konnte.

Die politisch induzierte Transformation der Seelsorge in der Diaspora erweist sich letztlich als Säkularisierungsprozess, der bei einem Teil der katholischen Migranten mit einer innerkirchlichen und religiösen »Verdichtung« einherging. Der besondere Nachdruck, mit dem die Nationalsozialisten im Land Braunschweig und im Umkreis der Göring-Werke ihren ideologischen Machtanspruch durchsetzten, lässt diese Entwicklung zugleich als eine besondere Form religiös begründeter Resistenz erscheinen.